

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln am 24.06.2025.

Sitzungsort: im Bürgerzentrum Schulze Frenking, Schulze Frenkings Hof 40, 48301 Nottuln
Beginn: 19:10 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen
Wolfgang Danziger	SPD
Manfred Gausebeck	SPD
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Norbert Gosekuhl	CDU
Dirk Mannwald	CDU
Heinz Mentrup	CDU
Morten Steimann	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Thomas Hülsken	CDU
----------------	-----

Von der Verwaltung

Dominik Bomholt

Vanessa Harden

Stefan Kohaus

Gaby Skusa

Schriftführung

Anne Plaß

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

2	Mitteilungen
----------	---------------------

3	Bürgerantrag Hundesteuerbefreiung für sog. Besuchshunde Vorlage: 004/2025
----------	--

Nach kurzer Diskussion bzgl. der Begriffsdefinition des „Besuchshundes“ gibt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Einführung einer Steuerermäßigung oder -befreiung für Besuchshunde wird derzeit nicht verfolgt. Die Bürgeranregung wird abgelehnt.

Abstimmergebnis:

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

4	Flächendeckendes Sammelssystem für Zigarettenskippen - Antrag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Vorlage: 053/2025
----------	---

Ratsherr Dammann erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion. Die beantragten Behälter könnten sukzessive bei turnusmäßigen Tauschvorgängen gegen Behälter mit integrierter Sammelvorrichtung für Zigarettenskippen ausgetauscht werden. Auch Ratsherr Gausebeck sieht Handlungsbedarf in diesem Bereich und unterstützt den Antrag der Grünen trotz der hierfür anfallenden Kosten. Er äußert jedoch Bedenken, ob die im Beschlussvorschlag genannte Anzahl von sieben Behältern im Jahr ausreichend sei. Ratsherr Mannwald hingegen hinterfragt, ob solche Behälter genutzt würden und ob daher ein Aufstellen zielführend sei. Er regt daher an, zunächst sieben Behälter beispielsweise am Rhodeplatz und Potthof aufzustellen und nach Ablauf einer angemessenen Zeit zu

überprüfen, ob die Behälter ihren Zweck erfüllen. Ratsherr Van de Vyle ist bzgl. der Aufstellung zweigespalten. Da auch die hierdurch gesammelten Zigarettenskippen über den Restmüll entsorgt würden, sähe er keinen großen ökologischen Vorteil. Aus Brandschutzgründen unterstütze er aber den Beschlussvorschlag. Auch Ratsherr Hülsken befürwortet die Einrichtung eines solchen Systems, wie in Variante 1 des Beschlussvorschlages. Es solle allerdings zunächst überprüft werden, ob eine flächendeckende Aufstellung sinnvoll sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Sammelsystem für Zigarettenskippen an Rhodeplatz und am Potthof einzuführen.

Die Kosten werden aus dem Ansatz in Höhe von 3.000 € für die (Ersatz-)Beschaffung der Abfallbehälter finanziert.

Beschaffung bis maximal 3.000 € pro Jahr -> pro Jahr ca. 7 Abfallbehälter mit Aschenbecher.

Die Verwaltung wird ein Jahr nach der Installation darüber berichten, wie wirkungsvoll die Maßnahme ist.

Abstimmergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5	Sicherung des Marktplatzes und des Ortskerns Vorlage: 057/2025
----------	---

Ratsherr Van de Vyle stellt die Frage, ob gesetzliche Vorschriften bestehen, die Sicherungsmaßnahmen in diesem Ausmaß vorsehen. GORR Kohaus erklärt, dass es keine gesetzliche Vorschrift gäbe, die dies im Wortlaut beinhalte. Man orientiere sich vielmehr an anderen Kommunen und wäge ab, welche Maßnahmen sinnvoll seien. Ratsherr Van de Vyle unterstützt die günstigste Variante mit dem Hintergedanken, dass auch mobile Alternativmöglichkeiten Kosten verursachen würden. Der Bürgermeister erinnert daran, dass es darüber hinaus in der der Eigenverantwortung der Teilnehmenden läge, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Ratsherr Danziger räumt ein, dass das letzte Risiko nicht ausgeräumt werden könne. Trotz der enormen im Raum stehenden Summe verbleibe immer ein Restrisiko. Zudem sei es fraglich, ob die hydraulischen Poller die einzige Lösung seien und ob diese Lösung lückenlos sei. Der Bürgermeister erwidert, dass die lückenlose Sicherung durch die vorgeschlagenen Poller gegeben sei. Es sei zudem zu beachten, dass im Ortskern denkmalrechtliche Vorgaben einzuhalten seien. Unter diesem Aspekt sei die von der Verwaltung bevorzugte Variante 1 die maximale Lösung. Ratsherr Mentrup sieht noch Klärungsbedarf. Die Verwaltung solle weitere Alternativmöglichkeiten aufzeigen. So gäbe es z. B. neben den hydraulischen Pollern mechanische und weitere Alternativen. Er stellt daher die Frage in den Raum, nicht über den Tagesordnungspunkt zu beschließen. Nach einer Ausarbeitung seitens der Verwaltung sollte erneut über den Punkt beraten werden. Ratsherr Dammann wider-

spricht seinem Vorredner. Die Gemeinde habe sich sehr wohl umfangreiche Gedanken gemacht. Er schlage aber aufgrund der erschreckend hohen Kosten vor, die Anzahl der versenkbaren Poller zu reduzieren und die Durchfahrtsbreite nach Absprache u. a. mit der Feuerwehr und dem Entsorgungsunternehmen auf 3,50 m zu begrenzen. So könnten die Kosten reduziert werden. Rats herr Mannwald sagt, dass die aktuelle Vorgehensweise, die Straßen mit LKW zu sperren, keine dauerhafte Lösung sei. Den vorgeschlagenen Beschluss der Verwaltung halte er jedoch für unflexibel, da er nur einen kleinen Bereich des Ortskerns absichere. Durch mobile Alternativmöglichkeiten könne man auch größere oder andere Veranstaltungsbereiche absichern. Zum Abschluss der Diskussion weist Rats herr Dammann darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss lediglich über die Bereitstellung der finanziellen Mittel berate. Die weiteren Beratungen würden im Ausschuss für Umwelt und Mobilität erfolgen. Der Beschlussvorschlag wird dahingehend abgeändert.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt in den Haushalt 2026 Kosten für die fokussierte Installation von Antiterrorsperrern an Hauptzufahrten zum Marktplatz einzuplanen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt in den Folgejahren zusätzliche Kosten in noch zu klärender Höhe für die jährliche Wartung / Instandhaltung einzuplanen.

Abstimmergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6	Bürgerschaft Genossenschaft Lerchenhorst eG Vorlage: 061/2025
----------	--

Herr Kohaus erläutert zu Beginn, dass die NRW-Bank für eine Förderzusage eine entsprechende Bürgschaft verlange. Die Frage von Rats herr Van de Vyle warum das Risiko der Gemeinde bei 100 % läge, wo doch die Geschäftsanteile niedriger seien, begründet GORR Kohaus damit, dass die NRW-Bank nicht auf die Höhe der Einlage abstelle. Diese Auffassung würde von der Kommunalaufsicht geteilt.

Rats herr Danziger hinterfragt den Bau der Gebäude am Bahnhof. Die zugrundeliegende Satzung beinhalte lediglich „Südlich Lerchenhain“. GORR Kohaus, der zunächst deutlich macht, dass sich diese Frage nicht auf den Tagesordnungspunkt beziehe, nimmt dazu kurz Stellung. Die Satzung wurde dahingehend angepasst, dass die Definition des Bereichs auf „Gemeindegebiet“ geändert wurde. Nach Auffassung von Herrn Danziger sei darüber nicht informiert worden. Der Bürgermeister sichert zu, dass darüber – sofern dies noch nicht erfolgt sei – bei nächster Gelegenheit informiert werde.

Beschluss:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft gemäß anliegender Bürgschaftserklärung wird zugestimmt.

Abstimmergebnis:

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

7 Bildung / Genehmigung eines außerplanmäßigen Haushaltsansatzes zur Beschaffung einer Tragkraftspritze sowie den erforderlichen Umbau
Vorlage: 095/2025

Der Bürgermeister informiert, dass nach Rücksprache mit der Feuerwehr die Notwendigkeit begründet sei. Die alte Spritze sei abgängig und das Fahrzeug dadurch nicht vollumfänglich einsetzbar.

Eine weitere Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Gemäß § 9 III der gemeindlichen Haushaltssatzung 2025 wird eine überplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung und den Einbau einer neuen Tragkraftspritze für das Einsatzfahrzeug des Löschzuges Appelhülsen, LF 20 Kats (COE-NO 201) mit einem Betrag von 27 T€ beschlossen.

Abstimmergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

8 Verschiedenes

Dr. Dietmar Thönnies
Vorsitzender

Anne Plaß
Schriftführerin